

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

SPERRFRIST 24. Oktober 2013, 12.00 Uhr, es gilt das gesprochene Wort

Romani Rose

Grußwort zur Veranstaltung

„Dieses Denkmal ist kein Schlußstrich“. Ein Jahr Denkmal – Bilanz und Ausblick.

Berlin, 24. Oktober 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit der Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas vor einem Jahr, im Beisein von Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel, wurde der Opfer des Völkermords gedacht und zugleich an dieses jahrzehntelang verdrängte Menschheitsverbrechen erinnert.

Mit diesem Denkmal der Bundesregierung wurde ein Ort des Gedenkens für die über 500.000 Sinti und Roma., die Opfer des Völkermordes wurden, geschaffen. Es gibt in Deutschland keine Familie unter den Sinti und Roma, die nicht unmittelbare Angehörige verloren haben.

Bereits am Tag aber nach der Einweihung des Denkmals warnte der Bundesinnenminister vor Armutszuwanderung in die deutschen Sozialsysteme.

Im Januar 2013 veröffentlichte dann der Deutsche Städtetag ein Positionspapier zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, in dem auf dramatische Entwicklungen in einigen deutschen Städten hingewiesen und Bund wie Länder mit Recht aufgefordert wurden, konkrete Hilfen für die Kommunen bereitzustellen.

Diese Diskussion wurde aber in den Medien und in der Öffentlichkeit sofort als „Armutszuwanderung“ ausschließlich am Beispiel von Roma thematisiert und mit Schlagworten wie „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“, „Zigeunereinwanderung“ verbunden und anschließend als „Schaden für das deutsche Volk“ usw. kommentiert, immer verbunden mit dem Hinweis auf Roma.

Auf Äußerungen der Europäischen Kommission, daß der Zuzug von Menschen aus Rumänien und Bulgarien keine Belastung für die Sozialsysteme der Zielländer darstelle, reagierte deutsche Politik wiederum, indem sie die Feststellungen der Europäischen Kommission als „unverschämte Realitätsverweigerung“ und „Frivolität erster Güte“ disqualifizierte.

Hier wurde und wird auch von der verantwortlichen Politik eine Stimmung geschürt, die im Kern Sinti und Roma als gesamte Minderheit wieder ausgrenzt, diesmal pauschal als „Armutszuwanderer“.

Diese Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde und wird auf dem Rücken unserer Minderheit ausgetragen, und zwar mit der Folge einer erneuten und pauschalen Stigmatisierung aller Sinti und Roma in Deutschland.

Dieser teils offene, teils verdeckte Rassismus wird nicht nur von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen getragen, sondern er findet immer mehr Rückhalt in der Mitte unserer Gesellschaft.

In Deutschland hat die NPD diese Diskussion aufgegriffen und auf ihren rassistischen Kern gebracht mit ihren üblen Wahlplakaten und Flyern, mit denen sie forderte „Zigeunerflut stoppen“ oder „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“, und die demonstrativ auch vor dem ehemaligen Konzentrationslager Dora-Mittelbau plakatiert wurden.

Wenn wir uns fragen, welche Bedeutung hat die Vergangenheit für unser Handeln heute, dann müssen wir feststellen : Es gibt in Deutschland und in Europa heute einen neuen, zunehmend gewaltbreiten Rassismus gegen Sinti und Roma, der nicht nur unsere Minderheit bedroht.

Die Angriffe rechtsextremer Banden und Parteien, die in einer Vielzahl von Ländern inzwischen Wahlkampf fast ausschließlich mit rassistischer Hetze gegen Roma machen, wie etwa die Parteien „Attaka“ in Bulgarien, „Jobbik“ in Ungarn, aber auch die NPD in Deutschland und rechte Parteien in anderen westeuropäischen Ländern, zielen nicht allein auf Minderheiten, sie zielen vielmehr auf unsere Demokratie in Europa.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann und darf es nicht Aufgabe von Minderheiten alleine sein, sich gegen Rassismus zur Wehr zu setzen und damit für die Demokratie einzutreten – das muß zuallererst Aufgabe der verantwortlichen Regierungen, der Innenminister und ihrer zugeordneten Behörden auch und gerade in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union sein.

Mit populistischer Politik von seiten der Regierungsparteien werden stets die Positionen von rechtsextremen Parteien bis in die Mitte der Gesellschaft hinein akzeptabel gemacht und sorgen so für die Wahlerfolge gerade dieser demokratiefeindlichen Parteien.

Wir kennen natürlich die Probleme, die durch Zuwanderung vor Ort entstehen, in Berlin ebenso wie in einer Reihe anderer Städte. Aber die Menschen, die nach Deutschland kommen, wollen arbeiten, sie arbeiten in Krankenhäusern, auf dem Bau und auf den

Feldern, und oft genug werden sie ausgebeutet und zu niedrigsten Löhnen illegal beschäftigt und darüber hinaus von Mietwucherern ausgebeutet.

Gerade der heutige politische und juristische Umgang mit rechtsextremer Gewaltideologie stellt einen Prüfstein dar, ob und welche Lehren wir aus Krieg und Völkermord gezogen haben.

Es gibt heute vor allem im Internet massive Aufrufe zur Gewalt gegen Menschen allein wegen ihrer Abstammung; in Deutschland fielen der Mordserie des sogenannten NSU zehn Menschen zum Opfer.

Nach dem Mord an der Heilbronner Polizistin wurde unsere gesamte Minderheit in Deutschland pauschal von Staatsanwaltschaften und Polizei unter Generalverdacht gestellt. Bei diesem in der deutschen Nachkriegsgeschichte schlimmsten Verbrechen wurde der Generalverdacht gegenüber unserer Minderheit weiter aufrechterhalten auch als sich frühzeitig bereits bei den Ermittlungen der Polizei herausstellte, daß dieser Verdacht unhaltbar war.

Bis heute warten wir in Deutschland auf eine Entschuldigung für diese unverantwortliche und schlimme Kriminalisierung unserer Minderheit durch Justiz und Polizei in Baden-Württemberg. Es scheint, als ob es gegenüber Sinti und Roma hier kein Unrechtsbewußtsein gibt und statt dessen alte Feindbilder weiter wirksam sind.

Die Mordserie des sogenannten NSU hat gezeigt, wie gering die staatlichen Behörden die Gefahr durch rechtsextremistische Täter einschätzten. Die Berichte der Behörden über rechtsextreme Gewalttaten zeigen die gleiche Tendenz zur Verharmlosung. Während deutsche Medien bislang mindestens 152 Menschen zählen, die durch rechtsradikale Täter ihr Leben verloren, zählen die Behörden lediglich 63 ermordete Menschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr seit der Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas hat gezeigt, daß Demokratie in Deutschland und in Europa keine Selbstverständlichkeit ist, daß sie verteidigt werden muß gegen rassistischen und gewaltbereiten Extremismus, und gegen jedwede Tendenz, Minderheiten auszugrenzen und pauschal als Sündenböcke zu stigmatisieren. Der Zentralrat hat deshalb die Bundesregierung und Bundestag schon vor langer Zeit aufgefordert, einen Bericht zur Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma in Deutschland vorzulegen.

Deshalb ist diese Konferenz wichtig, und ich wünsche Ihnen und uns guten Erfolg.